

Volkssouveränität : eine internationalistische Wiederaneignung von links

Autor(en): **Sotiris, Panagiotis**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **37 (2018)**

Heft 71

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-781019>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Volkssouveränität

Eine internationalistische Wiederaneignung von links*

Einer der wichtigsten Aspekte der europäischen Integration ist die Erosion nationaler Souveränität. Jeder Mitgliedsstaat tritt einen Teil seiner souveränen Funktionen ab – zum Beispiel die eigene Währung oder das Recht der Marktregulierung, um von den Vorteilen der Union profitieren zu können. Die wichtigsten Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses, wie Einheitswährung und Eurozone, sind aber nicht einfach das Resultat eines technokratischen Prozesses, ein Schritt in Richtung zunehmender Finanzialisierung oder einfach das Ergebnis einer Obsession mit der Inflation. Vielmehr geht es immer auch um einen Prozess zur Erosion der Demokratie, wie Wolfgang Streeck schreibt:

«Zunächst technokratisch konzipiert – ohne «politische Union», also unter Ausklammerung der Grundfragen von nationaler Souveränität und Demokratie – verwandelt die Währungsunion die EU derzeit rapide in ein föderales Gebilde, in dem die Souveränität insbesondere der Mittelmeerstaaten zunehmend nur noch auf dem Papier steht, und mit ihr die Demokratie.» (Streeck 2011, 16)

Wie ich in diesem Artikel, von den Erfahrungen in Griechenland ausgehend, argumentiere, vernachlässigen sowohl die Forderung nach verstärkter europäischer Integration als auch nach Rückbesinnung auf den nationalen Raum den Klassencharakter der EU und der jeweiligen Länder. Die Position, die ich zu verdeutlichen versuche, basiert auf einem radikalen antikapitalistischen Ansatz, der die Notwendigkeit eines Bruchs mit der EU betont und die Forderung nach Souveränität auf eine «Volkssouveränität» bezieht – verstanden als das kollektive politische Vermögen der subalternen sozialen Klassen, Prozesse sozialer Transformation in Gang zu setzen, aber auch Solidarität mit Bewegungen herzustellen, die über die Grenzen des Nationalstaates hinausreichen. Ein Prozess also, der die Möglichkeit bietet für eine emanzipatorische Überwindung des Nationalstaates.

* Aus dem Englischen von Katja Schwaller.

Abbau von Souveränität: Eine neoliberale, kapitalistische Strategie

Im Normalfall hat ein Mitgliedsstaat der Eurozone keine wirkliche Kontrolle über die Geldpolitik und keine Möglichkeit, die Währung zu beeinflussen. Als Teil des «Fiskalpakts» unterliegt er stattdessen einer ständigen Budgetaufsicht und muss sich unter Androhung von Strafe an spezifisch festgelegten Finanzzielen orientieren. Jeder Mitgliedsstaat muss zudem das ganze Spektrum der EU-Gesetzgebungen und -Regulierungen übernehmen, einschliesslich der Entscheide des Europäischen Gerichtshofs. Er muss seine Märkte gegenüber den Waren- und Kapitalströmen von anderen Mitgliedsstaaten öffnen und kann bei öffentlichen Ausschreibungen keinerlei nationale Präferenz geltend machen. Er muss das Primat der EU-Gesetzgebung vor der nationalen Gesetzgebung und Verfassung akzeptieren sowie weitreichende Privatisierungsprozesse für die Grundversorgung einleiten und auch durchsetzen, dass Märkte für grundlegende Güter wie Wasser und Strom geschaffen werden.

Dieser Souveränitätsverlust ist nicht etwa das Resultat von Unterdrückung oder Kolonialismus, sondern von einer souveränen Entscheidung der Mitgliedsstaaten. Auch die dominanten Kapitalistenklassen haben diesen Integrationsprozess offen unterstützt und begrüsst die zunehmende Konkurrenz von produktiveren und wettbewerbsfähigeren Ländern sowie das Niederreißen der Wettbewerbsschranken durch die Schaffung der Einheitswährung und des europäischen Binnenmarktes. Dies erlaubt ihnen nämlich, im Namen des europäischen Integrationsprozesses Druck aufzubauen, um die Produktivität zu steigern (und damit zusätzliche Ausbeutung zu schaffen).

«Der Druck der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) setzt beim Kern der kapitalistischen Ausbeutung an und schafft die Bedingungen für die kontinuierliche Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse. Die WWU setzt dazu eine extreme Variante der Strategie «Druck durch internationalen Wettbewerb» ein, die eine kontinuierliche «Anpassung» der Arbeitsverhältnisse zur Folge hat. Die WWU-Strategie stellt somit einen spezifischen Organisationsmodus eines kapitalistischen Herrschaftsystems dar.» (Sotiropoulos/Milios/Lapatsioras 2012, 192)

In Europa ist Neoliberalismus als Klassenstrategie und als hegemoniales Projekt hauptsächlich durch Regierungsbeschlüsse, Gesetze und Bestimmungen der Europäischen Union vorangetrieben worden. Die Rolle des europäischen Integrationsprozesses darf für das Durchsetzen dieser Politik – von den erzwungenen Privatisierungen bis zur Deregulierung des Arbeitsrechts – nicht unterschätzt werden. Die Erosion der Souveränität in der Europäischen Union ist deshalb kein «neutraler» institutioneller Prozess, sondern eine Strategie der europäischen Kapitalistenklassen.

Noch wichtiger ist aber, dass es sich dabei um die Erosion genau derjenigen As-

pekte der Souveränität handelt, die für die Kämpfe der subalternen Klassen von Nutzen sein könnten. Vom Arbeitsrecht über die Einkommensumverteilung bis zum Bereich der sozialen Sicherheit sind die sozialen Rechte durch die europäische Integration immer stärker unter Druck geraten. Es wäre aber ein Trugschluss, zu glauben, dass die Logik der reduzierten Souveränität für alle Aspekte des sozialen Lebens gilt, denn andere Bereiche, die zum Beispiel mit Staatsautoritarismus und Formen der politischen Diskriminierung zu tun haben, bleiben weiterhin ausserhalb dieser Logik. So kann die Europäische Union (EU) eine Nation für verfehlte Haushaltsziele bestrafen, aber über Unterlassungen einer anderen Nation bei der Asylgewährung für Migrant*innen hinwegsehen, sogar wenn dadurch EU-Entscheidungen missachtet werden. Zudem ignoriert die EU zum Beispiel den neuen autoritären Rassismus der ungarischen Regierung und hat auch kein Problem mit offiziellen Gedenkveranstaltungen für Naziverbrecher in einigen baltischen Staaten.

Der Fall Griechenland

Griechenland kann als Fallstudie für die Gewaltförmigkeit eines solchen Souveränitätsverlustes dienen. Ende 2009 sah sich Griechenland mit einer akuten Staatsschuldenkrise konfrontiert, ausgelöst einerseits durch die globale Wirtschaftskrise von 2007/2008 (Duménil/Lévy 2011), durch die Krise der europäischen Integration sowie den inhärent instabilen Charakter der Eurozone als einheitlichem Währungsraum mit grossen Unterschieden bezüglich der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit (Lapavitsas u. a. 2012; Flassbeck/Lapavitsas 2015). Auf der anderen Seite steht die spezifische Krise des griechischen Kapitalismus und seines «Entwicklungsparadigmas», das sich auf schuldengetriebenen Konsum, überbezahlte öffentliche Aufträge, Überausbeutung insbesondere migrantischer Arbeitskräfte und auf ein zunehmendes Gefälle zwischen der Wettbewerbsfähigkeit von Griechenland und den Kernländern der Eurozone stützt (Sakellariopoulos/Sotiris 2014; Mavroudeas 2015).

Die damalige griechische Regierung wandte sich daraufhin an die Europäische Union und den Internationalen Währungsfonds (IWF). Zusammen mit der Europäischen Zentralbank (EZB) bildeten diese drei Institutionen die berühmte «Troika», welche den durch die europäischen Institutionen verkörperten Neoliberalismus mit der Gewalt der «Strukturanpassungsprogramme» des IWF kombinierte. Doch letztlich war es die Europäische Union, welche die sozialen Inhalte des griechischen Sanierungsprogramms diktierte.

Ab 2010 gewährte die EU gemeinsam mit dem IWF Griechenland drei aufeinanderfolgende Kreditverträge. Die Auszahlung der einzelnen Kredittranchen war an die Bedingung geknüpft, dass Griechenland nicht nur Haushaltsziele und Sparprogramme umsetzte, sondern zusätzlich auch spezifische Politiken, die weitreichende Austeritätsziele und neoliberale Reformen beinhalteten. Diese

Bedingungen wurden als explizite Verpflichtungen der griechischen Regierung in den gemeinsamen Memoranden festgehalten.

Die Einhaltung dieser Verpflichtungen sollte durch einen Aufsichtsmechanismus gewährleistet werden, der die ständige Anwesenheit von Vertreter*innen der Troika-Institutionen in Griechenland sowie diverse Evaluierungsprozesse vorsah. Auch die Durchführung der Evaluationen war eine notwendige Bedingung für die Auszahlung jeder Kredittranche. Damit wurde ein zum souveränationalstaatlichen parallel verlaufender Entscheidungsprozess geschaffen, bei dem Vertreter*innen der Troika bei wichtigen politischen Entscheidungen das letzte Wort hatten.

Seither befindet sich Griechenland in einem Zustand reduzierter Souveränität. Die Aufsicht und die Evaluation durch die Troika haben zu einem offen antidemokratischen politischen Vorgehen geführt, in dem grundlegende Aspekte des demokratischen Prozesses, sogar in seiner liberalen, bürgerlichen Form, suspendiert wurden. Wichtige politische Entscheidungen werden seither durch Gesetze bestimmt, die Hunderte Seiten lang sind, in Zusammenarbeit mit Troika-Vertreter*innen vorbereitet und von Parlamentsmitgliedern abgesehnet wurden, die öffentlich zugaben, sie nicht einmal gelesen zu haben. Gleichzeitig sahen sich die Austeritätsregierungen mit massiven Protestbewegungen konfrontiert und Griechenland schlitterte in eine der grössten politischen Krisen seiner jüngeren Geschichte (Kouvelakis 2011). Dennoch ist hier nicht etwa von einer «Besetzung» Griechenlands durch die Troika die Rede, auch wenn im Volksmund Vergleiche mit der Zeit der Besetzung Griechenlands durch Nazideutschland herumgeistern. Schliesslich unterstützten die lokalen Kapitalistenklassen diese Massnahmen und lobbyierten in gewissen Fällen offen dafür. Denn für sie bedeutete der Verlust an Souveränität einen wichtigen Gewinn hinsichtlich der Kräfteverhältnisse am Arbeitsplatz.

Meiner Meinung nach ist der Fall Griechenland in Europa keine Ausnahme, die auf lokale Eigenheiten oder angebliche Unvereinbarkeiten mit europäischen Normen zurückzuführen ist. Im Gegenteil, Griechenland repräsentiert die neue Norm in Europa. Die Europäische Union entwickelt sich mittels Mechanismen wie Sanktionen und automatischen «Schuldenbremsen» zu einem konstanten Aufsichtsgremium über die nationalen Ökonomien und wird dabei immer autoritärer (Durand/Keucheyan 2013).

Souveränitätsverlust ist eine Klassenfrage

Die Frage des Souveränitätsverlustes in Europa ist eine Klassenfrage, denn dieser richtet sich grundsätzlich gegen die Fähigkeit der subalternen Klassen, den Gang der Dinge in ihrem Sinn zu beeinflussen. Wenn die eingeschränkte Souveränität aber eine Klassenstrategie im Interesse des Kapitals ist, und zwar sowohl

auf nationaler wie auf europäischer Ebene, dann kann ein politisches Projekt zur Wiedereroberung der Souveränität für das Volk nur ein Klassenprojekt im Interesse der subalternen Klassen sein.

Die ergebnislosen Verhandlungen zwischen der von Syriza geführten Regierung Alexis Tsipras' und der Troika, die komplette Missachtung der souveränen Entscheidung des griechischen Volkes gegen das Austeritätsregime im Referendum vom Juli 2015 sowie die Kapitulation der Regierung Tsipras und ihre Entscheidung, eine weitere Kreditvereinbarung für den Verbleib in der Eurozone zu akzeptieren, haben deutlich gemacht, dass eine radikale politische Kehrtwende und ein Bruch mit dem Kapitalismus im Rahmen der Europäischen Union unmöglich ist (Kouvelakis 2016). Jedes hegemoniale Projekt im Interesse der subalternen Klassen muss deshalb über eine Strategie verfügen, die zum Ziel hat, in einem Prozess des Bruchs mit der Eurozone und der Europäischen Union Aspekte der eigenen Souveränität zurückzugewinnen. Das hat nichts mit Nationalismus oder Isolationismus zu tun, sondern mit der Notwendigkeit für die subalternen Klassen, sich die politische Handlungsfähigkeit zurückzuerobern sowie ein eigenes politisches Projekt zu entwickeln und umzusetzen. Eine solche Wiederaaneignung der Volkssouveränität geht Hand in Hand mit dem Wiederaufbau der Demokratie, und zwar nicht einfach als formaler parlamentarischer Prozess, sondern als kollektives Bestreben nach Emanzipation. Dieser Prozess sollte mit einem sozialistischen Programm kombiniert werden, d. h. mit einem alternativen Produktions- und Entwicklungsparadigma, das zudem auf einem kollektiven und dem Einfallsreichtum der subalternen Klassen entspringenden Experimentieren aufbaut. Eine solche Herangehensweise steht im Gegensatz zum Versuch der extremen Rechten, sich als Verteidiger der Volkssouveränität zu präsentieren. Deren Programm setzt sich gleichzeitig aus dem von der EU verkörperten Neoliberalismus und einer «Souveränität» des institutionalisierten Rassismus zusammen. Ein emanzipatorisches Projekt der Volkssouveränität steht aber auch im Gegensatz zur Logik der Brexit-Befürworter*innen aus dem Lager der britischen Bourgeoisie, die hauptsächlich eine Neuverhandlung der Bedingungen für die Eingliederung in die kapitalistische Weltwirtschaft erzwingen wollten.

Eine neue Souveränität des «Volkes im Werden»

Die wichtigste Demarkationslinie zwischen den konträren Konzepten von Souveränität ist aber die Definition von «Volk». Die extreme Rechte assoziiert Volk mit Nation. Ein solcher Ansatz verwischt den Gegensatz zwischen subalternen Klassen und den dominanten Kapitalistenklassen (die zur «Nation» verschmolzen werden) und schafft stattdessen einen Gegensatz zwischen «Volk» und denjenigen subalternen Klassen, die nicht zur «Nation» gehören, also Migrant*innen

und Geflüchteten. Im Gegensatz dazu verlangt ein demokratisches und emanzipatorisches Konzept von Volkssouveränität eine Vorstellung von «Volk» als Allianz der subalternen Klassen unter der potenziellen Hegemonie der Arbeiter*innenklasse. Dabei muss das Konzept von «Volk» unter der aktuellen Bedingung der Subalternität in den heutigen kapitalistischen Akkumulationsverhältnissen neu formuliert werden. Diese Neudefinition von «Volk» hat nichts mit Ethnizität, Herkunft oder gemeinsamer Geschichte zu tun, sondern beruht auf den gemeinsam geteilten Bedingungen der Subalternität, der gemeinsamen Gegenwart sowie dem Klassenkampf und verweist so auf ein postnationales und postkoloniales Konzept von Volk. Wir haben es dann nicht länger mit einer «imaginierten Gemeinschaft» als «Blutgemeinschaft» zu tun, im Mittelpunkt stehen nun reale soziale Kämpfe, reale Bedingungen der Subalternität und die gemeinsamen Perspektiven der subalternen Klassen. Es handelt sich also um ein Konzept von Volk, das die Nation spaltet und die «Klassenfeinde des Volkes» ausschliesst, auch wenn viele von ihnen nominell «Mitglieder der Nation» sind. Voraussetzung dafür ist die Überwindung von Rassismus und die gegenseitige Anerkennung der Anliegen der verschiedenen subalternen Gruppen. In seinen Texten zur Bedeutung der Widerstandsbewegung gegen den französischen Staat im Algerienkrieg insistiert Jacques Rancière auf der «Schaffung eines *Volkes*, das sich von demjenigen, das vom Staat registriert, verhandelt und erfasst wird, unterscheidet; ein Volk, das sich über das Sichtbarwerden eines Leidens definiert, das ihm bei der Bildung eines Gemeinsamen zugefügt wurde, ein Sichtbarwerden, das dann wiederum einen weiteren Raum für Gemeinschaft schafft» (Rancière 1997, 43, Übers. der Red.). Deleuze (1991, 287) folgend sprechen wir dann von einem Volk im Werden, ausschlaggebend ist dabei «nicht der Mythos eines vergangenen Volkes, sondern das Fabulieren eines künftigen».

Gramsci bietet ein strategisches und transformatives Politikkonzept, welches «popolo-nazione» mit einem potenziellen historischen Block zusammendenkt.

«Wenn das Verhältnis zwischen Intellektuellen und Volk-Nation, zwischen Führenden und Geführten, zwischen Regierenden und Regierten durch einen organischen Zusammenhang gegeben ist, in dem das Gefühl-Leidenschaft zum Verstehen und folglich zum Wissen wird (nicht mechanisch, sondern auf lebendige Weise), nur dann ist die Beziehung eine der Repräsentanz und kommt es zum Austausch individueller Elemente zwischen Regierten und Regierenden, zwischen Geführten und Führenden, das heisst, es verwirklicht sich das gemeinsame Leben, das allein die soziale Kraft ist, es bildet sich der «geschichtliche Block.»» (Gramsci 1994, 67, 1490)

Dieses Konzept des historischen Blocks weist darauf hin, dass ein «Volk» durch Klassenanalysen und -praktiken gebildet wird. Poulantzas folgend können wir sa-

gen, dass «Volk» ein «Strategiebegriff» (Poulantzas 1975, 24) ist, der auf ein gesellschaftliches Bündnis verweist, das durch die gegenwärtigen Formen der kapitalistischen Akkumulation und die dadurch geschaffenen «objektiven» materiellen Bedingungen geformt wird und das Teile der Arbeiter*innenklasse (viele von ihnen Migrant*innen) mit dem neuen Kleinbürgertum (im poulantzianischen Sinne), Staatsangestellten und sogar Teilen des traditionellen Kleinbürgertums zusammenbringt. Diese Bündnisausrichtung wird zusätzlich gefördert durch das Unvermögen der neoliberalen Politiken, einen dauerhaften historischen Block aus Finanzwelt und internationalem Kapital zu schaffen, aber auch durch die neuen Formen von Prekarität, Flexibilität und Überausbeutung manueller wie intellektueller Arbeit. Die gegenwärtige Erwerbsbevölkerung ist zwar prekärer, unsicherer und fragmentierter, verfügt aber gleichzeitig über intellektuelle und kommunikative Kompetenzen, die die Artikulation von Forderungen und gemeinsamen Kämpfen begünstigen und neue Formen einer potenziellen Einheit zwischen verschiedenen Segmenten der subalternen Klassen ermöglichen.

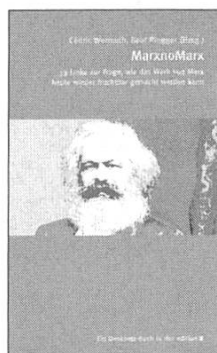
Soziale Kämpfe gegen die Fragmentierung des «Volkes»

Angesichts der Fragmentierung nach Ethnizität oder Religion und den institutionellen Unterscheidungen zwischen Bürger*innen, Geflüchteten und Migrant*innen können nur gemeinsame Forderungen, kollektive Strategien, die Neuschreibung von Geschichte(n) und das Wissen um die andern die gemeinsame Identifikation als «Volk» herstellen. Dies bedarf konkreter Kämpfe für umfassende soziale und politische Rechte für Migrant*innen und Geflüchtete ebenso wie einer Auseinandersetzung mit Unterdrückung und Kolonialismus, um dadurch, wie Houria Bouteldja (2016) vorgeschlagen hat, das *Wir* durch das Schaffen einer neuen politischen und kollektiv hergestellten Identität zu rekonfigurieren. Dies verweist auf ein Volk, das erst entstehen muss und das sämtliche Eigenheiten der subalternen Klassen als notwendigerweise widersprüchliche Elemente eines Volkes im Werden akzeptiert. Es ist also die Aussicht auf soziale Transformation und damit auf eine gemeinsame Zukunft, die hier eine Form von «Volkseinheit» schafft, ganz im Gegensatz zum «nationalen Volk» mit seiner gemeinsamen Geschichte oder Herkunft. Dies eröffnet auch die Möglichkeit eines neuen Internationalismus, eines neuen integrativen Bezugs zum Aufenthaltsland im Gegensatz zum ausgrenzenden Nationalismus sowie neuer Formen der Kooperation und Solidarität – sei es im europäischen oder auch in einem regionalen Kontext (z. B. im Kontext einer regionalen Kooperation der Mittelmeer-Anrainerstaaten). Eine so verstandene Rückeroberung der Volkssouveränität basiert auf der Bekämpfung von Rassismus und Neokolonialismus, verbindet sich mit sozialer Emanzipation und wird so zu einem integralen Bestandteil jeder radikalen sozialistischen Strategie gegen die systematische Gewalt der europäischen Integration.

Literatur

- Bouteldja, Houria, 2016: Les Blancs, les Juifs et nous. Vers une politique de l'amour révolutionnaire. Paris
- Deleuze, Gilles, 1991: Kino 2. Das Zeit-Bild. Frankfurt am Main
- Duménil, Gérard / Lévy, Dominique, 2011: The Crisis of Neoliberalism. Cambridge
- Durand, Cédric / Keucheyan, Razmig, 2013: Un Césarisme bureaucratique. In: Durand, Cédric (Hg.), En finir avec l'Europe. Paris, 59–70
- Flassbeck, Heiner / Lapavistas, Costas, 2015: Against the Troika. Crisis and Austerity in the Eurozone. London
- Gramsci, Antonio, 1994: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 6, Hefte 10 und 11. Hamburg/Berlin
- Kouvelakis, Stathis, 2011: The Greek Cauldron. In: New Left Review 72, 17–32
- Kouvelakis, Stathis, 2016: SYRIZA's rise and fall. In: New Left Review 97, 45–70
- Laclau, Ernesto, 2005: On Populist reason. London
- Lapavistas, Costas u. a., 2012: Crisis in the Eurozone. London
- Mavroudeas, Stavros (Hg.), 2015: Greek Capitalism in Crisis. London
- Poulantzas, Nicos, 1975: Klassen im Kapitalismus – heute. Studien zur Klassenanalyse 5. West-berlin
- Rancière, Jacques, 1997: La cause de l'autre. In: Lignes 30, 36–49
- Sakellariopoulos, Spyros / Sotiris, Panagiotis, 2014: Postcards from the Future. The Greek Debt Crisis, the Struggle against the EU-IMF Austerity Package and the Open Questions for Left Strategy. In: Constellations 21(2), 262–273
- Sotiropoulos, Dimitris P. / Milios, John / Lapatsioras, Spyros, 2013: A Political Economy of Contemporary Capitalism and its Crisis. Demystifying Finance. London/New York
- Streck, Wolfgang, 2011: Völker und Märkte. Demokratischer Kapitalismus und Europäische Integration. Ein Epilog. In: Lettre International 95, 15–17

MarxnoMarx



Cédric Wermuth, Beat Ringger (Hrsg.): **MarxnoMarx**. 33 Linke zur Frage, wie das Werk von Marx heute fruchtbar gemacht werden kann. Ein Denknetz-Buch in der edition 8. 264 Seiten, Broschur, Fr. 23.–, € 19.80, ISBN 978-3-85990-344-9

Am 5. Mai 2018 hätte Karl Marx seinen 200. Geburtstag gefeiert. Anlass für Cédric Wermuth und Beat Ringger, bei linken Frauen und Männern in der Schweiz nachzufragen. Ist das Werk von Marx für euch überholt oder weiterhin unverzichtbar? Wo kann mit Marx weitergedacht werden, wo nicht? Woran reibt ihr euch bei Marx, worüber regt ihr euch auf?

Mit Beiträgen von Vania Aleva, Susan Boos, Rolf Bossart, Florian Butollo, Ruth Daellenbach, Lilian Fankhauser, Tamara Funicello, Balthasar Glättli, Roland Herzog, Christoph Jünke, Karin Meyer, Margret Kiener Nellen, Jo Lang, Ueli Mäder, Min Li Marti, Urs Marti-Brander, Karl Müller Bahlke, Oliver Nachtwey, Line Rennwald, Andreas Rieger, Beat Ringger, Regula Rytz, Hans Schäppi, Holger Schatz, Sarah Schilliger, Avji Simorglu, Peter Steckelisen, Naima Tine, Cédric Wermuth, Yann Wermuth, Natascha Wey, Rebekka Wyler, Adrian Zimmermann, Pascal Zwicky.

www.edition8.ch

